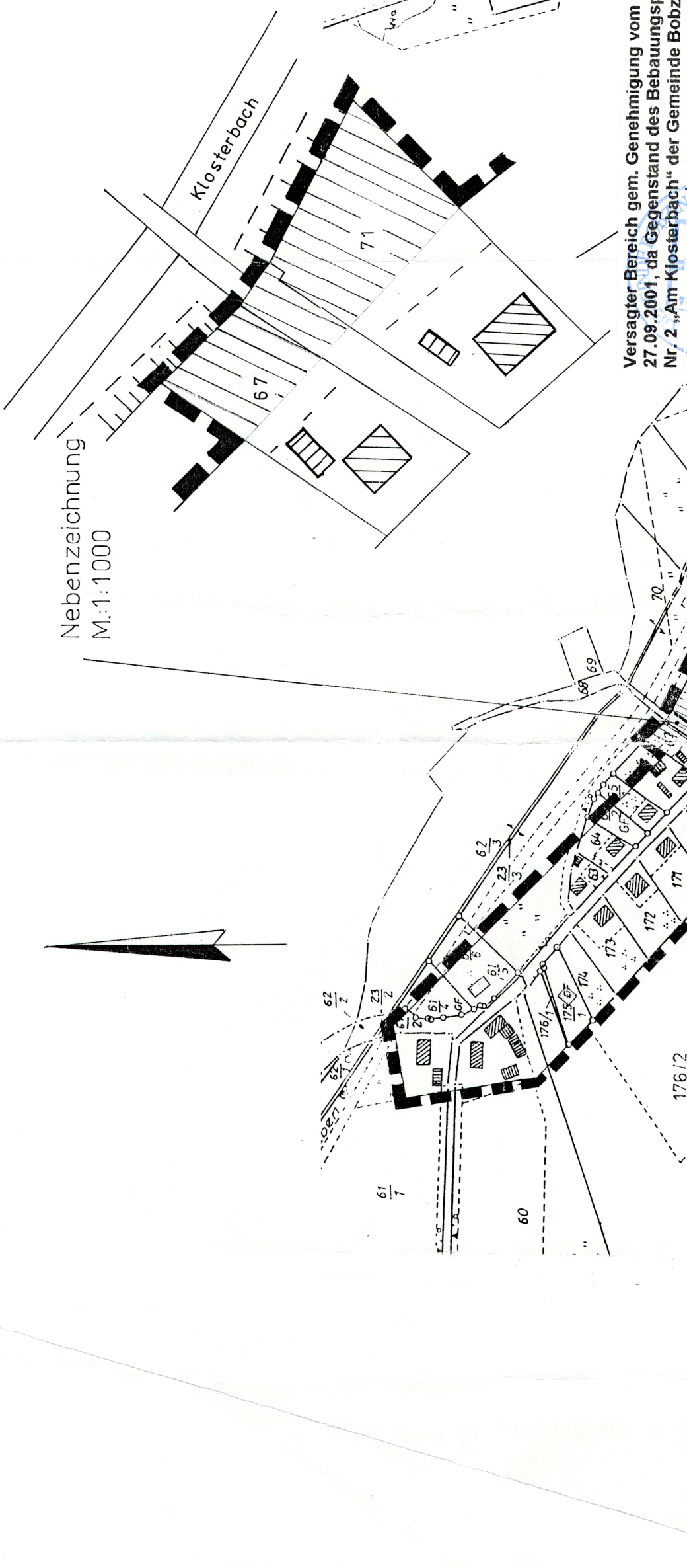


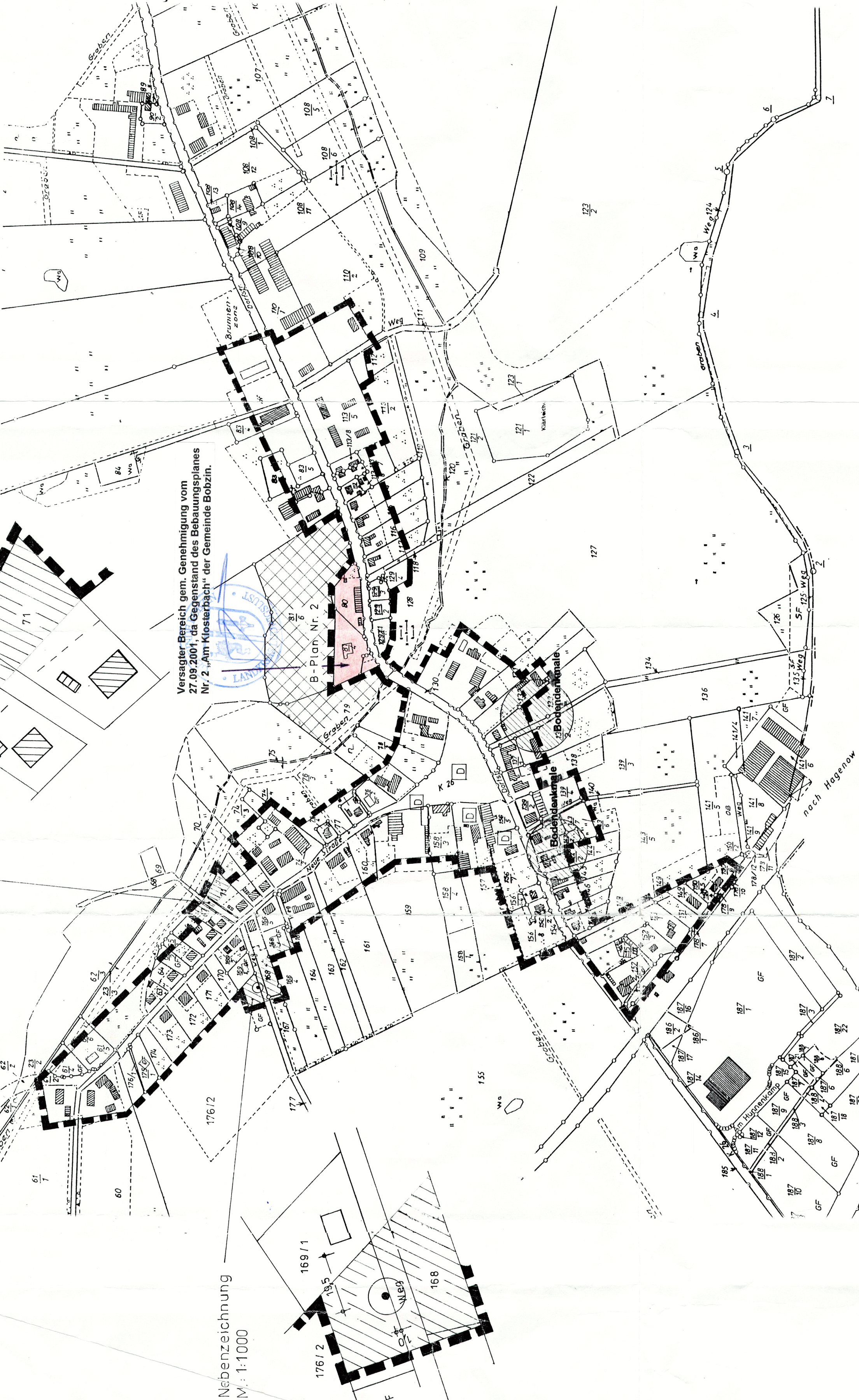
Satzung der Gemeinde Bobzin über die Festlegung und Abrundung des im Zusammenhang bebauten Ortes



Nebenzeichnung M.: 1:1000

Platzzeichnung (Teil A)

M.: 1:3 900



Versagter Bereich gem. Genehmigung vom 27.09.2001, da Gegenstand des Bebauungsplanes Nr. 2 „Am Klosterbach“ der Gemeinde Bobzin.

Nebenzeichnung M.: 1:1000

Satzung der Gemeinde Bobzin über die Festlegung und Abrundung des im Zusammenhang bebauten Ortes nach § 34 Abs. 4 Satz Nr. 1 und 3 BauGB (Festlegungs- und Abrundungssatzung)

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Bobzin hat in ihrer Sitzung am 31. 05. 2001 aufgrund des § 34 Abs. 4 Nr. 1 und 3 des Baugesetzbuchs sowie nach § 86 der Landesbauordnung M-V und des § 5 Abs. (1) der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern folgende Satzung beschlossen:

- Aufgrund**
- des § 34 Abs. 4 Nr. 1 und 3 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 1987 (BGBl. I S. 2141; ber. i. S. 137),
 - der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132), geändert durch Gesetz vom 22. April 1992 (BGBl. I S. 466),
 - der Verordnung über die Ausweisung von Baulandplänen und die Darstellung des Plannahls (Platzverordnung - PlavZ) vom 18.12.1980 (BGBl. I S. 68),
 - des § 86 der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern (LBauO M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Mai 1998 (GVOBl. M-V S. 468; ber. S. 612) geändert durch Gesetz vom 21. Juli 1998 (GVOBl. M-V S. 647; 675)
- wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung vom 31. 05. 2001 und mit Genehmigung der Gemeindevertretung der Gemeinde Bobzin die folgende Satzung über die Festlegung und Abrundung des im Zusammenhang bebauten Ortes von Bobzin erlassen:

§ 1

Räumlicher Geltungsbereich

- (1) Der im Zusammenhang bebauten Ort (§ 34 Abs. 4 Nr. 1 BauGB) unter Einbeziehung von Außenbereichsgrundstücken (§ 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB) umfasst das Gebiet, das innerhalb der in beiliegender Karte eingezeichneten Abgrenzungslinie liegt.
- (2) Die Platzzeichnung ist Bestandteil der Satzung.

§ 2

Einordnung von Gebäuden und baulichen Anlagen

- (1) Bauliche und sonstige Anlagen sind in einem Breich von 7,0 m beidseitig von Gewässern nicht zulässig. Ausnahmen bedürfen der Genehmigung der unteren Wasserbehörde.
- (2) Die beigefügten textlichen Festsetzungen (Text Teil B) sind Bestandteil dieser Satzung.

§ 3

Immissionsschutz

Anträge auf Genehmigung von Wohngebäuden im Nahbereich von im Betrieb befindlichen Anlagen sind im Einzelfall in Bezug auf die Einhaltung der Immissionsgrenzwerte zu prüfen.

§ 4

Ausgleichsmaßnahmen

Als Ausgleichsmaßnahmen entsprechend § 8 BauSchG ist je 50 m² versiegelte Fläche ein einheimischer, großkroniger, standortgerechter Laubbaum mit einer Größe von mindestens 14 - 16 cm Stammumfang oder eine dreihäufige Hecke mit einer Länge bis zu 25 m zu pflanzen, zu unterhalten und zu schützen. Pflanzungen auf privaten Grundstücken sind vom Grundstückseigentümer durchzuführen. Pflanzungen außerhalb geplanter Grundstücke sind von der Gemeinde durchzuführen und zu erhalten.

§ 5

Inkrafttreten

Die Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung und der Bekanntmachung der Genehmigung durch den Landrat in Kraft.

Text Teil B

Ortliche Bauvorschriften nach § 86 LBauO

- Für die Fassaden der Hauptgebäude sind:
 - Ziegler- oder Verblendermauerwerk oder Bekleidungen in den Farben rot bzw. rot-blau-bunt, mit anderen Farben, wie beispielsweise rot-bunt oder rot-blau-bunt,
 - Holzelemente sowie
 - Putz zulässig.
- Für die Hauptgebäude sind die Dachformen:
 - Satteldach,
 - Walmdach sowie
 - Krüppelwalm zulässig.
- Für Nebengebäude, die unmittelbar durch Dachkonstruktion oder Wandaufbau mit dem Hauptgebäude verbunden sind, gelten die gestalterischen Vorschriften der Ziffern 1 und 2 sinngemäß. Für Carports und Garagen gelten diese Vorschriften nicht.

Pflanzzeichenerklärung

I Festsetzungen

- Flächen für Maßnahmen zum Schutz von Natur und Landschaft:
 - Bäume Erhaltung (Satzung zum Schutz der Bäume, Sträucher und Hecken in der Gemeinde Bobzin vom 30.01.2001)
 - Umgrenzung von Schutzgebieten im Sinne des Naturschutzrechts (§ 9 Abs. 6 BauGB)

2. Regelungen für den Denkmalschutz

(§ 9 Abs. 6 BauGB)

D

Einzelanlagen die dem Denkmalschutz unterliegen

4. Sonstige Pflanzzeichen

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches (§ 9 Abs. 7) BauGB)

II Darstellungen ohne Normencharakter

Vorhandene bauliche Anlagen

Vorhandene bauliche Anlagen lt. Bestandsaufnahme, für die eine Flurstücksgrenze und Größe der Häuser wird keine Haftung übernommen.

160 Flurstücksgrenzen

160 Flurstücksgrenzen

160 Flurstücksgrenzen

160 Flurstücksgrenzen

160 Flurstücksgrenzen

160 Flurstücksgrenzen

160 Flurstücksgrenzen

Verfahrensvermerke

- Die Gemeindevertretung hat am 31. 05. 2001 den Entwurf der Satzung beschlossen und zur Auslegung bestimmt.

Bobzin, den 31. 05. 2001

Bürgermeister

- Die von der Planung berichteten Träger öffentlicher Belange sind mit Schreiben vom 11. 06. 2001 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.

Bobzin, den 11. 06. 2001

Bürgermeister

- Der Entwurf der Satzung hat in der Zeit vom 11. 06. 2001 bis zum 11. 06. 2001 während folgender Zeiten öffentlich ausliegen:

montags 8.30 - 12.00 und 13.00 - 16.00 Uhr
dienstags 8.30 - 12.00 und 13.00 - 16.00 Uhr
mittwochs 8.30 - 12.00 und 13.00 - 16.00 Uhr
donnerstags 8.30 - 12.00 und 13.00 - 16.00 Uhr
freitags 8.30 - 12.00 Uhr

Die öffentliche Auslegung mit dem Hinweis, daß Bedenken und Anregungen während der Auslegungsrunde von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, am 11. 06. 2001 durch Veröffentlichung im "Hagerower Kommunalanzeiger" bekanntgemacht worden.

Bobzin, den 11. 06. 2001

Bürgermeister

- Der Entwurf der Satzung ist nach der öffentlichen Auslegung geändert worden. Daher hat der Entwurf der Satzung, bestehend aus der Platzzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) in der Zeit vom 11. 06. 2001 bis zum 11. 06. 2001 während folgender Zeiten

montags 8.30 - 12.00 und 13.00 - 16.00 Uhr
dienstags 8.30 - 12.00 und 13.00 - 16.00 Uhr
mittwochs 8.30 - 12.00 und 13.00 - 16.00 Uhr
donnerstags 8.30 - 12.00 und 13.00 - 16.00 Uhr
freitags 8.30 - 12.00 Uhr

erneut öffentlich ausliegen. Dabei ist bestimmt worden, daß Bedenken und Anregungen nur zu den geänderten und ergänzten Teilen vorgebracht werden können. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, daß Bedenken und Anregungen während der Auslegungsrunde von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, am 11. 06. 2001 durch Veröffentlichung im "Hagerower Kommunalanzeiger" bekanntgemacht worden.

Bobzin, den 11. 06. 2001

Bürgermeister

- Die Gemeindevertretung hat die vorgebrachten Bedenken und Anregungen der Bürger sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange am 11. 06. 2001 geprüft. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.

Bobzin, den 11. 06. 2001

Bürgermeister

- Die Satzung wurde am 11. 06. 2001 beschlossen.

Bobzin, den 11. 06. 2001

Bürgermeister

- Die Genehmigung dieser Satzung wurde mit Schreiben des Landrates vom 11. 06. 2001 erteilt.

Bobzin, den 11. 06. 2001

Bürgermeister

Die Satzung und die Erstellung der Genehmigung wird hiermit bekanntgegeben. Die Genehmigung ist mit der Satzung verbunden. Die Genehmigung ist am 11. 06. 2001 erteilt. Eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 und 2 bezeichneten Verfahrens- und Rechtsvorschriften ist unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist. Mängel der Abwägung sind unerheblich, wenn sie nicht innerhalb von sieben Jahren seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden sind. Dabei ist der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründet, darzustellen (§ 215 Abs. 1 BauGB).

Bobzin, den 11. 06. 2001

Bürgermeister

Die Satzung und die Erstellung der Genehmigung wird hiermit bekanntgegeben. Die Genehmigung ist mit der Satzung verbunden. Die Genehmigung ist am 11. 06. 2001 erteilt. Eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 und 2 bezeichneten Verfahrens- und Rechtsvorschriften ist unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist. Mängel der Abwägung sind unerheblich, wenn sie nicht innerhalb von sieben Jahren seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden sind. Dabei ist der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründet, darzustellen (§ 215 Abs. 1 BauGB).

Bobzin, den 11. 06. 2001

Bürgermeister

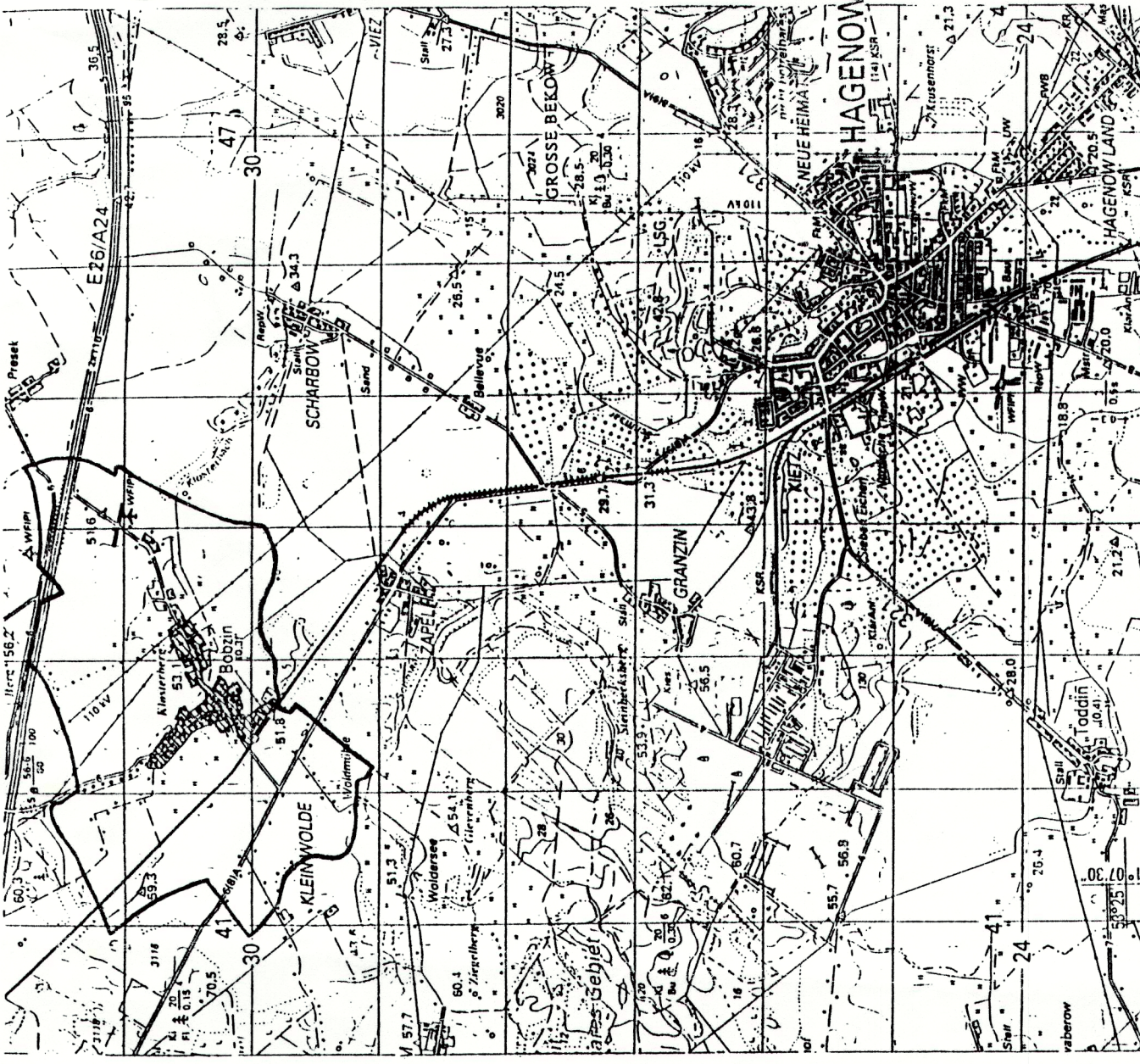
Hinweise

1. Im Geltungsbereich der Satzung befinden sich Bodendenkmale, deren Veränderung oder Zerstörung nach § 7 DSchG M-V (Gehörschutz) strafbar ist. Es ist zu beachten, daß diese Maßnahmen anfallenden Kosten hat der Verursacher des Eingriffs zu tragen (§ 9 Abs. 5 DSchG M-V; GVB, Mecklenburg-Vorpommern Nr. 1 vom 14.01.1998, S. 12 ff.). Über die in Aussicht genommenen Maßnahmen zur Begründung und Dokumentation der Bodendenkmale ist das Landesamt für Bodendenkmalpflege rechtzeitig vor Beginn der Erdarbeiten zu unterrichten. Die zu erteilenden Genehmigungen sind an die Einhaltung dieser Bedingungen gebunden.

Eine Beratung zur Begründung und Dokumentation von Bodendenkmalen erhalten Sie bei der zuständigen Unteren Denkmalschutzbehörde bzw. beim Landesamt für Bodendenkmalpflege, Schloß Wilgrod, 19069 Lübeck.

2. Für Bodendenkmale, die bei Erdarbeiten zufällig neu entdeckt werden, gelten die Bestimmungen des § 7 DSchG M-V (Gehörschutz) strafbar ist. Es ist zu beachten, daß diese Maßnahmen anfallenden Kosten hat der Verursacher des Eingriffs zu tragen (§ 9 Abs. 5 DSchG M-V; GVB, Mecklenburg-Vorpommern Nr. 1 vom 14.01.1998, S. 12 ff.). Über die in Aussicht genommenen Maßnahmen zur Begründung und Dokumentation der Bodendenkmale ist das Landesamt für Bodendenkmalpflege rechtzeitig vor Beginn der Erdarbeiten zu unterrichten. Die zu erteilenden Genehmigungen sind an die Einhaltung dieser Bedingungen gebunden.

3. Die Bodendenkmale, die bei Erdarbeiten zufällig neu entdeckt werden, gelten die Bestimmungen des § 7 DSchG M-V (Gehörschutz) strafbar ist. Es ist zu beachten, daß diese Maßnahmen anfallenden Kosten hat der Verursacher des Eingriffs zu tragen (§ 9 Abs. 5 DSchG M-V; GVB, Mecklenburg-Vorpommern Nr. 1 vom 14.01.1998, S. 12 ff.). Über die in Aussicht genommenen Maßnahmen zur Begründung und Dokumentation der Bodendenkmale ist das Landesamt für Bodendenkmalpflege rechtzeitig vor Beginn der Erdarbeiten zu unterrichten. Die zu erteilenden Genehmigungen sind an die Einhaltung dieser Bedingungen gebunden.



Übersichtsplat M.: 1 : 50 000

Satzung der Gemeinde Bobzin über die Festlegung und Abrundung des im Zusammenhang bebauten Ortes nach § 34 Abs. 4 Satz 1 und 3 BauGB

Planstand: 07.06.2001